

Die neue europäische Jugendstrategie – Beginn einer wunderbaren Zusammenarbeit?



Klaus Roggenthin

Europäischer Jugendpolitik mangelte es in den vergangenen Jahren keineswegs an Initiativen. Nach der Veröffentlichung des Weißbuches »Neuer Schwung für die Jugend Europas« (2001) wurden in rascher Abfolge die offene Koordinierungsmethode mit vier thematischen Schwerpunkten eingeführt (2002), ein Europäischer Pakt für die Jugend (2005) mit drei weiteren Handlungsfeldern beschlossen, ein Strukturierter Dialog (2006) mit der Jugend¹ proklamiert und eine Vielzahl weiterer Themen im Rahmen von Ratspräsidentschaften, europäischer Jahre usw. zur Bearbeitung vorgeschlagen, um nur einige der wichtigsten Aktivitäten zu nennen. Es zeigte sich, dass die von der Europäischen Kommission vorgegebene hohe Schlagzahl die Ressourcen und Möglichkeiten vieler Mitgliedstaaten überforderte. Insbesondere auf kommunaler Ebene kam wenig an. In der Folge blieb die inhaltliche Auseinandersetzung angesichts der überbordenden Agenda, der Mängel und Unverbundenheit der Instrumente, der Vorliebe für aufmerksamkeitsheischende Großevents sowie nicht zuletzt der engen Zeitfenster eher fragmentarisch und beschäftigte in der Hauptsache Spezialisten. Bald war nicht mehr zu übersehen, dass es auf diese Weise nicht gelang,

1 Vgl. dazu näher in: Roggenthin, K. 2008: Europäische Jugendpolitik als Koproduktion. Der Strukturierte Dialog als Element einer erneuerten Jugendstrategie der Europäischen Union, in: Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (Hrsg.): Der Strukturierte Dialog mit der Jugend – quo vadis? München S. 48–51 (www.cap.lmu.de/download/2008/2008_Jugendparlament_Dok.pdf).

das Potential gemeinschaftlicher Politik für junge Menschen zufriedenstellend auszuschöpfen. Stattdessen öffnete sich die Schere zwischen einem zunehmenden organisatorischen und finanziellen Aufwand einerseits und einem relativ geringen jugendpolitischen Ertrag andererseits immer weiter.

Die vereinbarte Introspektion der europäischen Kooperation im Jugendbereich 2008/2009 am Ende des ersten Zyklus bot daher den Beteiligten eine gute Gelegenheit, Fehlentwicklungen und Schwachstellen selbstkritisch zu reflektieren und daraus die Konsequenzen zu ziehen. Diese Chance wurde genutzt. Das lag zum einen daran, dass sich eine Gruppe engagierter Mitgliedstaaten, zu der auch Deutschland gehörte, mit durchdachten Verbesserungsvorschlägen intensiv in die Verhandlungen einbrachte. Zum anderen hat es die starke schwedische Ratspräsidentenschaft vermocht, erfolgreich zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten zu vermitteln. So konnte insbesondere der Kommissionsvorschlag zur neuen Jugendstrategie², der in wichtigen Verfahrensfragen noch viele Antworten schuldig geblieben war, grundlegend überarbeitet werden. Die Entschließung des Europäischen Rates vom 27. November 2009 über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010–2018)³ dokumentiert eindrucksvoll den ernsthaften Willen der Mitgliedstaaten, sich von der bisherigen Politik fortgeschriebener Absichtserklärungen und zunehmender Berichtserstattungspflichten zu emanzipieren und stattdessen die Basis für eine wirksamere, verständlichere, vermittelbarere und damit attraktivere europäische Jugendpolitik zu schaffen.

Wohllöblich-versöhnlich, jedoch auffallend nüchtern wird darin zunächst die bisherige Zusammenarbeit als »nützlicher Rahmen« bewertet und dabei in diplomatischem Duktus angedeutet, dass diese künftig »noch effizienter und wirksamer« werden könne, sodass sich jungen Menschen »noch mehr Vorteile in der Europäischen Union« böten. Anschließend werden in einer – gegenüber früheren Papieren – klaren Sprache und zurückhaltenden Verwendung von Worthülsen zentrale Gegenwarts- und Zukunftsthemen junger Menschen (Allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und Unternehmergeist, Gesundheit

2 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment. Eine neue offene Methode der Koordinierung, um auf die Herausforderungen und Chancen einzugehen, mit denen die Jugend konfrontiert ist (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0200:FIN:DE:PDF>).

3 Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:311:0001:0011:DE:PDF>. Der volle Wortlaut der Entschließung des Rates ist in diesem Band im Anschluss an diesen Beitrag als Dokumentation abgedruckt.

und Wohlbefinden, Partizipation, Freiwilligentätigkeiten, gesellschaftliche Integration, Jugend in der Welt, Kreativität und Kultur) in den Mittelpunkt des Arbeitsprogramms der kommenden neun Jahre gestellt. Dabei wird unterstrichen, dass sich durchschlagende Wirkung nur dann einstellen wird, wenn es gelingt, sich mit Jugendbelangen über die eigenen Ressortgrenzen hinaus erfolgreich in diejenigen Politikbereiche einzumischen, die erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklungschancen und Lebensführung junger Menschen haben. Dazu sei es u. a. nötig, in der Post-Lissabon-Strategie und der Fortschreibung der Sozialagenda die Berücksichtigung der Jugenddimension sicher zu stellen.

Um eine vertiefte Befassung mit den insgesamt acht Aktionsfeldern der Zusammenarbeit zu ermöglichen, wurde vereinbart, sich in jeweils 18-monatigen Zyklen auf eine enge thematische Auswahl zu beschränken. Der Strukturierte Dialog soll künftig ebenso wie der noch genauer zu bestimmende Erfahrungsaustausch (Peer-Learning) zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Akteuren auf diese Themen bezogen sein. Die Jugendforschung soll intensiver genutzt werden, um europäische Politik für junge Menschen stärker an wissenschaftlichen Erkenntnissen und Fakten zu orientieren. Ein alle drei Jahre von der Kommission zu erstellender Europäischer Jugendbericht wird zweiteilig angelegt sein. Zum einen wird er einen gemeinsamen politischen Bericht der Kommission und des Rates und zum anderen eine Dokumentation aktueller jugendpolitischer (Forschungs-)Erkenntnisse und -analysen beinhalten. Er dient unter anderem dazu, den aktuellen Arbeitszyklus zu bewerten, Beispiele guter Praxis aufzuzeigen sowie die Bestimmung neuer Prioritäten für den nächsten Arbeitszyklus zu unterstützen. Ausdrücklich wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Entwicklungsprozess europäischer Jugendpolitik kontinuierlich zu begleiten und zu bewerten. Dies soll u. a. durch die Hinzuziehung bereits vorhandener Indikatoren über die Lebenssituation junger Menschen (aus den Politikfeldern Bildung, Gesundheit, gesellschaftliche Integration) und ggf. die Entwicklung und Erprobung spezifisch jugendpolitischer Indikatoren gewährleistet werden.

Großer Wert wird darauf gelegt, Erfolge und Leistungen europäischer Jugendpolitik zukünftig besser zu kommunizieren, um mehr politische Aufmerksamkeit für Jugendbelange in der EU zu erzielen. Schließlich werden die Bedeutung und der Nutzen der Jugendarbeit als nicht-formales Bildungs- und Freizeitangebot hervorgehoben. Es gelte daher, den Aufbau der Jugendarbeit in der EU zu unterstützen, u. a. durch Qualifizierungs-, Anerkennungs- und Mobilitätsangebote. Die Finanzierung der jugendpolitischen Kooperation in der Union sollen alle in Frage kommenden Mittel aus EU-Programmen wirksam eingesetzt werden. Neben den Strukturfonds und »Jugend in Aktion« wird u. a.

auf die Programme »Lebenslanges Lernen«, »Kultur«, »Media« und EU-Mittel aus den Bereichen Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit verwiesen.

Damit ist nunmehr ein stimmiger Orientierungsrahmen für die künftige jugendpolitische Kooperation in der EU abgesteckt worden, der die bislang existierenden sowie neu hinzukommende Instrumente sinnvoll miteinander verknüpft und auf die Schlüsselthemen junger Menschen in unserer Zeit bezieht. Nach dieser richtungsweisenden Weichenstellung geht es nun darum, einige in der Entschließung bisher nur grob skizzierte Instrumente und Ansätze nach und nach zu konkretisieren und zeitgleich Wege zu finden, das Engagement für europäische Jugendpolitik in den Mitgliedstaaten zu intensivieren.

Für weitere Überlegungen und vor allem konkrete Maßnahmen sind folgende »Baustellen« in den Blick zu nehmen:

■ **Jugend-Mainstreaming**

Die sektorübergreifende Zusammenarbeit in Jugendangelegenheiten bzw. die Berücksichtigung der Jugenddimension in Bereichen wie formale Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Ökologie, Energie oder Finanzen gilt seit langem als Königsweg einer effektiven Politik für junge Menschen. Diese Einsicht hat in Deutschland abgesehen von guten Beispielen noch nicht flächendeckend und auf allen Ebenen Niederschlag gefunden. Es bedarf daher guter Ideen (ggf. aus europäischen Partnerländern), wie bestehende Barrieren überwunden werden können. Auch die Zusammenarbeit der Generaldirektionen der Europäischen Kommission in Jugendbelangen ist verbesserungsfähig.

■ **Arbeitszyklen und Prioritäten**

Die Idee, die Zahl der Arbeitsschwerpunkte innerhalb von Drei-Jahreszyklen stark zu begrenzen, um die Umsetzung konkreter Maßnahmen zu erleichtern und die politische Durchschlagskraft zu erhöhen, ist bestechend. Allerdings muss sich diese Absicht erst noch in der Praxis bewähren. Der in der Anlage II der Entschließung vorgestellte Arbeitsplan für die ersten 18 Monate wirkt auf den ersten Blick überfrachtet und verwirrend. So lautet zwar die allgemeine Priorität über den gesamten Zeitraum Jugendbeschäftigung, was eines der acht vom Rat vorgeschlagenen Arbeitsfelder ist. Unter spanischer Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2010 soll hierbei jedoch insbesondere das Thema soziale Eingliederung bearbeitet werden, was ebenfalls eines der acht Arbeits-

felder darstellt. Anschließend wird unter dänischer Präsidentschaft das Thema Jugendarbeit in den Mittelpunkt gestellt (keines der acht Arbeitsfelder) und in diesem Zusammenhang im Besonderen das Thema Kultur (wiederum Arbeitsfeld) bearbeitet. Im ersten Halbjahr 2011 ist dann das Thema Partizipation (Teilhabe) an der Reihe (eines der Arbeitsfelder), bearbeitet wird in diesem Kontext jedoch auch das Thema Freiwilligentätigkeit, was ebenfalls eines der Arbeitsfelder ist. Auf diese Weise sollen in den ersten anderthalb Jahren allein vier der vorgeschlagenen acht Arbeitsfelder, plus das Thema Jugendarbeit erörtert werden. Hinzu kommen die Unterthemen Stärkung des Europäischen Pakts für die Jugend, Rolle der lokalen und regionalen Behörden in der Jugendpolitik, Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Ländern sowie »Bürgersinn« junger Menschen. Von der ursprünglich beabsichtigten inhaltlichen Fokussierung ist nicht mehr viel übrig geblieben. Man darf gespannt sein, ob es gelingt, all diese Themen in einen sinnvollen und nicht nur konstruierten Bezug zum Oberthema Jugendbeschäftigung zu setzen.

■ **Evidenzbasierte Jugendpolitik und Europäischer Jugendbericht**

Die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa sollte laut Resolution künftig auf gesicherten Erkenntnissen gründen. Hierzu sollen bestehende Ressourcen, wie das European Knowledge Centre for Youth Policy und Eurydice⁴ besser genutzt, die Zusammenarbeit mit Jugendforschern u. a. m. gefördert werden. Außerdem soll der Europäische Jugendbericht einen wesentlichen Beitrag zu einer evidenzbasierten Jugendpolitik leisten. Die im deutschen Konsultationsprozess zur künftigen europäischen Jugendstrategie vorgeschlagene Einführung eines von unabhängigen Experten erstellten regelmäßigen Europäischen Jugendsurveys hat indes offensichtlich (noch) keine allgemeine Zustimmung in der Kommission und im Rat gefunden. Dabei wäre er das Mittel der Wahl, wenn es darum geht, eine zuverlässige, qualitativ hochwertige und fortschreibbare Datengrundlage über die Lebensbedingungen und Lebensorientierungen junger Menschen zu produzieren. Der EU-Jugendbericht in Patchwork-Manier nach dem Muster des ersten Euro-

4 *Eurydice* ist ein europäisches Informationsnetzwerk, dessen Aufgabe die Erstellung verlässlicher und vergleichbarer Informationen über die nationalen Bildungssysteme in Europa von der Vorschulerziehung bis zur Erwachsenenbildung ist. Die *Eurydice*-Publikationen sowie die *Eurydice*-Datenbank *Eurybase* beinhalten Länderbeschreibungen der Bildungssysteme, vergleichende Analysen zu spezifischen Themen, Indikatoren und Statistiken. Das *Eurydice*-Informationsnetz ist Teil des Aktionsprogramms im Bereich des lebenslangen Lernens. Weitere Infos: www.dglive.be/agentur/desktopdefault.aspx/tabid-1541//2566_read-28805.

päischen Jugendberichts (2009) kann auf Grund seiner Oberflächlichkeit und mangelnden Vergleichbarkeit seiner Daten kein vollgültiges Referenzdokument für die evidenzbasierte politische Entscheidungsfindung sein. Wenn der Jugendbericht darüber hinaus, wie angedeutet, vor allem auf den nationalen Berichten der zuständigen Verwaltungen basieren soll, und die Schlussfolgerungen von der Kommission verantwortet werden, sind die wissenschaftlichen Gütekriterien für ein seriöses, datenbasiertes Planungsinstrument nicht gegeben. Für die Vermittlung, Verbreitung und Diskussion des Jugendberichts in den Nationalstaaten reicht ferner eine englische Version, wie beim Jugendbericht 2009 nicht aus. Eine Veröffentlichung in den drei Amtssprachen der EU stellt die Mindestanforderung dar, eine Verfügbarkeit des Berichts in allen Sprachen der EU ist anzustreben.

■ Voneinander-Lernen

Ein zentrales Argument für den Mehrwert europäischer Zusammenarbeit gegenüber der rein nationalen Perspektive sind die potenziellen Lernmöglichkeiten für Politik und Praxis. Benachbarte Politikbereiche, die ebenfalls mithilfe der Offenen Koordinierungsmethode (OMK) gesteuert werden, haben bereits entsprechende Lernarrangements installiert.⁵ In der Resolution wird das Voneinander-Lernen als Kernelement des erneuerten Kooperationsrahmens im Jugendbereich definiert. Die Grundidee besteht darin, vorbildliche Verfahren (»best practice«) anderen Mitgliedstaaten, d. h. deren Praktikern und Entscheidungsträgern verfügbar zu machen. Damit wird das Ziel verfolgt, die eigene politische, juristische, finanzielle oder pädagogische Praxis zu überdenken und zu modifizieren. Bei den Überlegungen zur konkreten Ausgestaltung dieses Erfahrungsaustausches sollte in Betracht gezogen werden, dass das in dem Papier vorgeschlagene Modell des peer-learning sich auf das Lernen *von* anderen bezieht. Diese Form des Politikverbesserungslernens folgt der Logik der Übernahme des vermeintlich überlegenen Modells und birgt nicht zu unterschätzende Risiken. Zwar wird keiner der Verfechter dieser Methode bestreiten, dass eine identifizierte, vorbildliche Praxis entsprechende Anpassungen erfahren muss, um mit den rechtlichen, administrativen und politischen Rahmenbedingungen des Implementierungslandes kompatibel gemacht zu werden. Unter politischen Druck kann es jedoch darüber hinaus zu einem schwer beherrschbaren Übernahmesog dieser best practice kommen, der wenig

5 Vgl. die Peer Reviews im Bereich Sozialschutz und Soziale Eingliederung oder Peer Learning Clusters im Bereich Allgemeine und berufliche Bildung.

Zeit zur Reflexion lässt und letztlich dazu führen kann, dass das rasch implementierte Verfahren die angestrebte Lösung des jeweiligen sozialen Problems verfehlt. Daher ist es anzuraten, die Lernperspektive der leuchtenden Beispiele um das Miteinander-Lernen zu erweitern. Ein produktiver Erfahrungsaustausch muss auch die Möglichkeit der Erörterung von schwieriger und scheiternder Praxis ermöglichen. Schon der Volksmund weiß: Aus den eigenen Fehlern lernt man am Besten.

■ Monitoring und Freiwilligkeit

Die bisherige Zusammenarbeit im Jugendbereich überließ den Mitgliedstaaten in hohem Maße die Entscheidung, wie stark sie sich in der Frage der konkreten Umsetzung der gemeinschaftlichen Ziele national engagieren. In keinem anderen Politikfeld, in der die OMK zur Anwendung kommt, wird das Subsidiaritätsprinzip so eng ausgelegt wie in der Jugendpolitik. Von den gängigen Werkzeugen des Monitorings wurde im vergangenen Zyklus lediglich das Berichtswesen⁶ eingeführt, auf Indikatoren, Benchmarks und Aktionspläne wurde hingegen verzichtet. Insofern kamen subtile Mechanismen des Performance-Wettbewerbs und des damit verbundenen öffentlichen »naming and shaming« bisher nicht zum Tragen. Auch die sog. Schattenberichte des Europäischen Jugendforums, die versuchten, die Umsetzung europäischer Jugendpolitik kritisch unter die Lupe zu nehmen, änderten daran nichts. In der neuen Strategie werden nunmehr der mittelfristige Einsatz bestehender Indikatoren (aus anderen Politikfeldern) und die Erprobung neuer spezifischer Indikatoren für den Jugendbereich angekündigt. Durch Definition und Messung soll ein höheres Maß an Verbindlichkeit und Ernsthaftigkeit erzielt werden und sukzessive der Druck auf die Mitgliedstaaten erhöht werden, Absichtserklärungen häufiger konkrete Maßnahmen folgen zu lassen. Es wird sich zeigen, wieweit die Mitgliedstaaten diesen Weg mitgehen wollen und können. Insbesondere Staaten mit föderaler Struktur wie Deutschland und Österreich müssen in hohem Maße auf die jugendpolitischen Kompetenzen auf regionaler und kommunaler Ebene Rücksicht nehmen. Erfolgreich und wirkungsvoll wird die europäische Zusammenarbeit ohnehin nur dann sein, wenn es gelingt, auch ohne äußeren Druck das Interesse und Engagement der Mitgliedstaaten an ihr zu erhöhen. Es bedarf weiterer Überlegungen, diese Kooperation für die verschiedenen Ebenen attraktiv und anregend zu gestalten. Ei-

6 Doch selbst auf die prinzipielle Veröffentlichung der von den nationalen Verwaltungen gesteuerten Fortschrittsberichte konnten sich die Mitgliedstaaten nicht verständigen.

ne kontrollierend-bewertende Prozessbegleitung birgt neben Chancen eben auch ein hohes innerstaatliches Konfliktpotential.

■ Strukturierter Dialog

Die Jugendstrategie 2010–2018 beinhaltet eine bemerkenswerte Neuerung für den Gedankenaustausch zwischen politischen Entscheidungsträgern und Jugendlichen über die Schwerpunkte und die Umsetzung der europäischen Zusammenarbeit. So soll die Qualität der Durchführung des Strukturierten Dialogs künftig durch eine Steuerungsgruppe sicher gestellt werden. Für jede 18-monatige Teampräsidentschaft werden neben Vertretern aus den zuständigen Ministerien und Jugendräten der Mitgliedstaaten auch Personen aus der Europäischen Kommission, des Europäischen Jugendforums und den Nationalen Agenturen für die Umsetzung des europäischen Jugendprogramms in diesem Lenkungsausschuss berufen. Er wird die Aufgabe haben, den Strukturierten Dialog auf europäischer Ebene zu koordinieren. Die Europäische Jugendwoche und die EU-Jugendkonferenzen bleiben die zentralen, auf öffentliche Wirkung zielenden Veranstaltungen. Für die nationale Koordinierung des Strukturierten Dialogs wird die Einsetzung von Arbeitsgruppen in nahezu analoger Weise angeregt. Damit sind im Mindesten die strukturellen Voraussetzungen für die Umsetzung des hohen Anspruchs, den Dialog mit jungen Menschen auf breiter Basis auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu führen, verbessert worden. Inwieweit jungen Menschen mit diesem Instrument künftig tatsächlich politische Einflussnahme auf die Konturen und die Auswahl der inhaltlichen Prioritäten der jugendpolitischen Zusammenarbeit in der EU ermöglicht wird, ist offen. Erschwerend kommt jedenfalls hinzu, dass das Profil und das thematische Spektrum der neuen Jugendstrategie bereits für die nächsten neun Jahre ausgehandelt wurden und zwar zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten.

■ Abstract

Die Europäische Jugendpolitik ist in den vergangenen Jahren rasch gewachsen. Der Ausbau der jugendpolitischen Aktivitäten auf europäischer Ebene verlief jedoch nicht immer koordiniert. Im Ergebnis entstand ein schwer zugängliches Geflecht sich überlagernder Ver-

fahren, unverbundener Instrumente und Ad-hoc-Initiativen. Dies begrenzte sowohl ihre politische Wirkung als auch ihren konkreten Nutzen für die jungen Menschen. Die in 2008/2009 vollzogene Reflexion und Revision der europäischen Kooperation im Jugendbereich

ebnet nun den Weg, das Potential gemeinschaftlicher Politik zufriedenstellender als bisher auszuschöpfen. In der Ende November beschlossenen Jugendstrategie 2010–2018 wird ein kohärenter Orientierungsrahmen für die künftige jugendpolitische Kooperation vorgestellt, der bereits bestehende sowie neue Instrumente sinnvoll miteinander verknüpft und auf die Schlüsselthemen junger Menschen in unserer Zeit bezieht. Allerdings bleibt keine Zeit, die Hände in den Schoß zu legen. Im nächsten Schritt sind die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission aufgefordert, die vorgeschlagenen Verfahren und Instrumente sorgfältig zu begleiten und zu konkretisieren. Für die tatsächliche Umsetzung des Querschnittsansatzes bedarf es noch praktikabler Verfahren. Dem erklärten Willen zur thematischen Fokussierung zum Trotz zeichnet sich bereits wieder ein Trend zur Überfrachtung der Agenda

ab, die es zu verhindern gilt. Evidenzbasierte Jugendpolitik und Europäischer Jugendbericht benötigen eine unabhängige Datengrundlage, die am ehesten durch einen Europäischen Jugendsurvey gewährleistet wäre. Formate des Politik- und Praxislernens sollten den Blick nicht auf Musterschüler verengen, sondern insbesondere die kollegiale Reflexion eigener Praxis mit ihren Stärken *und* Schwächen ermöglichen. Die Einführung von Indikatoren stellt einen mutigen Schritt dar, das Verhältnis zwischen Freiwilligkeit und Verpflichtung neu auszurichten. Bei der konkreten Ausgestaltung des Verfahrens müssen die zuständigen staatlichen Ebenen im Konsens eingebunden werden. Die Chancen und Grenzen des Strukturierten Dialogs zwischen öffentlicher Inszenierung und tatsächlicher politischer Mitwirkung junger Leute müssen unvoreingenommen erörtert werden.

■ Abstract

The new European Strategy for Youth – the beginning of a wonderful cooperation?

The European youth policy field has grown rapidly in recent years. However, youth policy activities at the European level have not always progressed in concert. The result has been a difficult-to-understand muddle of overlapping processes, unrelated instruments and ad-hoc initiatives, which has negatively influenced their political impact and limited their usefulness for the young target group. The 2008/2009 process of reviewing and reorganising European-level cooperation in the youth field was

an opportunity to leverage the potential of a coordinated youth policy to a greater extent than before. Adopted in late November 2009, the EU Strategy for Youth (2010–2018) is a coherent framework for future youth policy cooperation that creates effective links between existing and new instruments and focuses on the key issues that concern young people today. However, work must begin immediately. Now the Member States and the European Commission are called upon to provide de-

dedicated support for the application of the proposed processes and instruments. Workable processes for the actual implementation of the cross-cutting approach are still needed. Despite a declared commitment to focusing on certain defined subject areas, there is already a clearly recognisable tendency towards overfilling the agenda, which must not be allowed to happen. Evidence-based youth policy and the European Youth Report require a robust body of independent data that is probably best produced by conducting a European Youth Survey. Learning processes for practitioners and actors at the political level should not just focus

on best-in-class practices, but take realistic and cooperative stock of all practices, their own and those of others, and their respective strengths and weaknesses. The introduction of indicators is a courageous step towards achieving a balance between voluntary action and obligation. In shaping that process a consensus must be achieved with the responsible sectors at state level. There is a need for an open, unbiased discussion of the opportunities and limits of the structured dialogue in the area of tension between high-publicity large-scale events and a genuine opportunity for the young target group to make its voice heard.

■ **Korrespondenzadresse:**

Dr. Klaus Roggenthin

c/o Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ISS e.V.,

Andreas Hermes Haus,

Koordinierungsbüro Europäische Jugendpolitik,

Godesberger Allee 142-146, D-53175 Bonn;

Tel.: +49 (0)228 9506303;

E-Mail: roggenthin.iss@web.de.